



Stadt Miesbach

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am Donnerstag, den 23.03.2023 18:00 – 20:00 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte Stadtrat Manfred Burger
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner
Stadtrat Michael Lechner
Stadtrat Franz Mayer (Vertreter für Alfred Mittermaier)
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Florian Perkmann
Stadträtin Hedwig Schmid (Vertreter für Paul Fertl)
Stadtrat Markus Seemüller
Stadträtin Petra Six (Vertreter für Verena Schlier)

Es fehlte entschuldigt: Stadtrat Paul Fertl
Stadtrat Alfred Mittermaier
Stadträtin Verena Schlier

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer: Schäffler Josef, Keck Alexander

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
- 1.1. Bekanntgaben
- 1.2. Bekanntgaben;
Auflistung der Zuschussanträge die durch den 1. Bürgermeister gem. § 12 Abs. 2 Ziffer 2. Buchstabe d) der neuen Geschäftsordnung (Legislaturperiode 2020 - 2026) direkt vom 13.10.2022 - 23.03.2023 entschieden wurden.
2. Haushaltsentwurf 2023
3. Ausschreibung Rahmenvertrag TV- Untersuchungen und Druckprüfung Kanal-Submissionsergebnis und Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Vergabe-
4. Zuschussanträge
5. Unvorhergesehenes

1. Bekanntgaben

1.1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Sollten Einwände gegen die Tagesordnung bestehen, bitte ich diese mit zu teilen.

Das Protokoll der Sitzung vom 28.02.2023 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen bereitgestellt. Sollte nun dem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Die Finanzausschussmitglieder Verena Schlier, Paul Fertl und Alfred Mittermaier sind für heute entschuldigt.

Als Vertreter sind heute Frau Petra Six, Frau Hedwig Schmid und Herr Franz Mayer anwesend.

1.2. Bekanntgaben; Auflistung der Zuschussanträge die durch den 1. Bürgermeister gem. § 12 Abs. 2 Ziffer 2. Buchstabe d) der neuen Geschäftsordnung (Legislaturperiode 2020 - 2026) direkt vom 13.10.2022 - 23.03.2023 entschieden wurden.

<i>Datum</i>	<i>Antragsteller</i>	<i>Beantragte Zuschusshöhe</i>	<i>Entscheidung</i>	<i>HH-Stelle</i>
28.10.2022	Jugend musiziert – 2 Preisträger aus Miesbach	0,00 €	200,00 €	3330.7000
13.12.2022	Freies Landesorchester Bayern	2.000,00 €	2.000,00 €	3320.7000
17.01.2023	Evang.-Luth. Kirchengemeinde Miesbach	0,00 €	750,00 €	4700.7000
22.02.2023	Trachtenverein Miesbach – Jugendförderung	0,00 €	750,00 €	3400.7180
16.03.2023	Stadtkapelle Miesbach – Jugendförderung	500,00 €	300,00 €	3320.7000

2. Haushaltsentwurf 2023

Der dem Finanzausschuss vorgelegte Haushaltsentwurf **2023** hat ein Gesamtvolumen in Höhe von **48.841.911 €**. Er weist Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe aus:

Verwaltungshaushalt	35.182.291 €
<u>und im Vermögenshaushalt</u>	<u>13.659.620 €</u>
Gesamthaushalt	48.891.911 €

Verwaltungshaushalt:

Das Volumen des Verwaltungshaushalt 2023 umfasst in diesem Jahr 35.182.291 € und ist damit gegenüber dem vorjährigen Haushalt um **1.058.607 €** bzw. **3,10 %** größer.

An Kreisumlage muss die Stadt heuer insgesamt **10.513.260 €** an den Landkreis bezahlen. Die Kreisumlage fällt damit um 656.810€ höher aus als im Vorjahr.

Eine **Zuführung** vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet die Stadt in 2023 nicht. Vielmehr ist eine Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt in Höhe von 89.930 € notwendig, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen.

Damit erreicht die Stadt Miebach im Haushaltsjahr 2023 **k e i n e** positive Leistungsfähigkeit.

Vermögenshaushalt:

Der Vermögenshaushalt 2023 liegt mit seinem Gesamtvolumen um **6.211.720 €** bzw. **31,26 %** unter dem Volumen des Haushalts 2022.

Trotz des geringeren Gesamtvolumens gegenüber 2022 ist der Vermögenshaushalt auch in diesem Jahr durch sehr hohe Ausgaben im Bereich der Baumaßnahmen (Gr. 94-96) mit insgesamt 10.819.400 € geprägt.

Die größten Positionen sind hier beim Straßenbau mit Straßenbeleuchtung (2.300.000 €), Wasserwerk (821.000€), Kinderbetreuung (3.383.000 €), ehem. Krankenhaus (610.000 €) und der Breitbandausbau (1.464.000 €), um nur einige der größten Maßnahmen zu nennen.

Auch in 2023 ist der Vermögenshaushalt vor allem durch eine hohe Kreditaufnahme geprägt.

Insgesamt 6.000.000 € sind an Kreditaufnahmen vorgesehen.

Daneben steht eine Rücklagenentnahme in Höhe von 2.007.000 € sowie Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe 5.461.100 €. Weitere Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, Darlehensrückflüssen betragen insgesamt 181.520 €.

Der Haushaltsentwurf wurde am Montag den 13.03.2023 durch die Rechtsaufsichtsbehörde vorgeprüft.

Das Ergebnis dieser Vorprüfung ist, dass der Haushaltsentwurf 2023 mit der mittelfristigen Finanzplanung 2024 – 2026 **nicht genehmigungsfähig** ist.

In einem persönlichen Gespräch in der Kämmerei zwischen dem 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller, Geschäftsleiter Gerhard Führer, Kämmerer Josef Schäffler und Herrn Stefan Kupferschmid von der staatl. Rechnungsprüfungsstelle wurde dies erläutert und besprochen.

Die staatl. Rechnungsprüfungsstelle hat per Mail am 13.03.2023 die Kurzfassung des Ergebnisses der Auswertung der Haushaltsvorprüfung 2023 an die Kämmerei geschickt.

Die Verwaltung hat daraufhin am 13.03.2023 ein Schreiben an die Rechtsaufsicht verfasst, in dem die Aussetzung des Vollzuges des Stadtratsbeschluss vom 26.01.2023 durch den 1. Bürgermeister rechtlich geprüft werden soll.

Mit Schreiben vom 17.03.2023 hat die Stadt hierzu die Antwort erhalten.

Des Weiteren erfolgte per Mail am 13.03.2023 eine Anfrage an die Regierung von Oberbayern bezüglich der Fördermöglichkeiten bei der Freibadsanierung, wenn geänderte Voraussetzungen vorliegen.

Die Antwort der Regierung von Oberbayern erfolgte hierzu am 20.03.2023.

Eine weitere E-Mail seitens der Kämmerei erging am 20.03.2023 an die Rechtsaufsicht, in der die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2023 mit der mittelfristigen Finanzplanung explizit abgefragt wurde.

Alle 5 Schreiben liegen dem Finanzausschuss zur Beratung vor und werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Haushalt 2023 mit der mittelfristigen Finanzplanung 2024 – 2026 auf Basis des dem Finanzausschuss vorgelegten Entwurfes, seitens der Rechtsaufsicht nicht genehmigungsfähig ist.

Die Kommunalaufsicht weist darauf hin, dass ab 2024 die Überschuldung der Stadt Miesbach droht.

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller erläuterte dem Finanzausschuss den Haushaltsentwurf und die prekäre Situation, in der sich die Stadt Miesbach aktuell befindet. Als wesentliches Problem ist zu nennen, dass die Stadt in keinem der 4 Jahre (2023, 2024-2026) eine dauernde positive Leistungsfähigkeit erreicht. Damit ist die Genehmigung des Haushaltes 2023 gefährdet.

Als Gründe führte er an, dass heuer im Verwaltungshaushalt hohe Mehrbelastungen aufgrund von steigenden Zinszahlungen, Energiekosten, Lohnkosten und auch eine höhere Kreisumlage entstanden sind. Dadurch gelingt es heuer nicht, eine Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften.

Dem muss entgegengesteuert werden.

Hierzu stellte der 1. Bürgermeister dem Finanzausschuss einen 6-Punkteplan vor, mit dem dies umgesetzt werden soll.

Dieser lautet wie folgt:

1. Sofortiges Einleiten von Grundstücksverkäufen im Gewerbegebiet Miesbach-Nord
2. Auf- und Ausbau von Stiftungen für das Bedienen von freiwilligen Leistungen (Sozial, Kultur u. Sport).
3. Nur noch Pflichtaufgaben und Maßnahmen durchführen, die Einnahmen erhöhen oder Ausgaben reduzieren.
4. Keine neuen freiwilligen Leistungen, oder rentable Leistungen, max. 300.000 € (ohne wird es nicht funktionieren).
5. Defizitäre Einrichtungen der Stadt auf den Prüfstand.
6. Schuldenmanagement einrichten.

Anhand der Präsentation erläuterte der 1. Bürgermeister dem Finanzausschuss zusätzlich, wie sich die Schulden seit 1990 entwickelt haben. Dabei wurden Szenarien gezeigt, wie der Verlauf der aktuell angemeldeten Investitionen, nach der Arbeitssitzung des Finanzausschusses vom 28.02.2023 aussehen. Als letzte Folie nannte er das wünschenswerte Ziel der Verschuldung. Langfristig muss die Stadt Miesbach erreichen, dass die Verschuldung gesenkt wird.

Im Anschluss an die Worte des 1. Bürgermeisters erklärte Stadtkämmerer Josef Schäffler dem Finanzausschuss den Haushaltsentwurf 2023 anhand einer Präsentation.

In der anschließend folgenden Diskussion stellte Finanzausschussmitglied Stefan Griesbeck fest, dass der diesjährige Haushalt sehr schlecht dasteht.

Dies ist nicht schön, aber die Situation kann man nicht wegdiskutieren. Es ist gut, dass die Schuldenentwicklung eingebremst werden soll. Auch den Haushalt 2023 muss man noch einmal anschauen. Evtl. können eingeplante Maßnahmen während des Jahres auch noch einmal geschoben werden. Insgesamt müssen die Investitionen entschleunigt werden.

Die Messlatte der Mindestzuführung bedeutet lediglich, dass die Schulden getilgt werden können. So gesehen fehlen ca. 4 Mio. € Überschuss im Verwaltungshaushalt.

Daran muss gearbeitet werden, möglicherweise können Ausgaben eingeschränkt werden. Streichen wird man nicht viel können.

Insgesamt muss in 2023 sehr genau hingeschaut werden.

Zum Thema Freibad ist zu sagen, dass unbedingt versucht werden muss, dies zu retten.

Es muss sich hierzu jeder Gedanken machen und es muss alles Haushaltsverträglich sein.

Er wird die Beschlussvorschläge deshalb mittragen, da es Ziel sein muss, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Bei Punkt 4 des 6-Punkteplanes sollte der Betrag 300.000 € gestrichen werden.

Der 1. Bürgermeister ergänzte hierzu, dass das Haushaltsjahr 2023 genau angesehen wird. Er schlägt vor, hierzu einen Arbeitskreis einzurichten, der sich mit der Thematik befassen wird.

Insgesamt muss sich der Stadtrat und die Verwaltung genau überlegen wie dies funktionieren kann. Das Thema Freibad wurde definitiv nicht weggedrückt, es ist aber heuer nicht durchführbar.

Finanzausschussmitglied Markus Seemüller sieht, dass eine komplett neue Situation eingetreten ist. Es klingt nun anders als im Wahlkampf vor drei Jahren.

Er findet den 6-Punkteplan des 1. Bürgermeisters gut und wird diesen unterstützen. Bezüglich des Freibades sieht er einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Eine Umsetzung kann evtl. durch externe Sponsoren erfolgen.

Weiter stelle er fest, dass der Hochwasserschutz in Bergham aktuell nicht im Haushaltsentwurf 2023 sowie der mittelfristigen Finanzplanung 2024-2026 eingeplant ist. Diese Kosten kommen noch auf die Stadt zu und dürften sich in einem nicht unerheblichen Betrag niederschlagen.

Grundsätzlich dürfen keine neuen freiwilligen Aufgaben entstehen (u.a. Skaterpark).

Seiner Meinung nach wird die Sanierung des Freibades in 2024 auch nicht funktionieren. Er ist deshalb der Meinung, dass der Beschlussvorschlag 3 abgeändert werden muss.

Auch wird ein Kommunalunternehmen (KU) nicht "die" Lösung sein. Zum Ende seiner Ausführungen erklärte er, dass er grundsätzlich eine namentliche Abstimmung über alle Beschlüsse möchte. Sollten diese einstimmig sein, dann verzichtet er darauf.

Der 1. Bürgermeister antwortete hierzu, dass die Stadt hohe Ausgaben für Kita's und Schulen etc. gehabt hat bzw. hat.

Der Skaterpark ist in 2023 mit insgesamt 10.000 € für Planungsleistungen eingeplant. Erst danach weiß man konkret, wie teuer diese Maßnahme werden wird. Evtl. kann die Finanzierungen über Sponsoren erfolgen.

Das Freibad wird heuer in jedem Fall weiterbetrieben.

Stadtkämmerer Schäffler ergänzte zum Thema Freibad, dass die Regierung von Oberbayern der Stadt wohlgesonnen ist. Es muss aber in jedem Fall ein neuer tragfähiger Zeitplan ausgearbeitet werden. Eine Förderung braucht immer einen Endzeitpunkt. Hierzu muss ein neuer Antrag gestellt werden. Wegen der Aufrechterhaltung des technischen Badebetriebes, bei dem z.B. die Heizung auf die Biomasseanlage des Landkreises umgestellt werden soll, wird u.a. versucht, eine Förderung über die KfW-Bank zu erhalten. Dies muss die Aufgabe der Stadt ab Mai sein.

Finanzausschussmitglied Florian Perkmann ist inhaltlich für den 6-Punkteplan. Die Stadt kommt nicht daran vorbei. Auch er sieht in der aktuellen Haushaltsentwicklung als Ursache das hohe Tempo bei den Investitionen. Hier muss entschleunigt werden, einige Maßnahmen müssen geschoben bzw. sogar gestrichen werden.

Auch er unterstützt das Freibad uneingeschränkt, sieht die Umsetzung derzeit aber als schwierig an. Der technische Weiterbetrieb ist in jedem Fall umzusetzen. Eine Sanierung des Bades sieht er vor 2027 eher kritisch. Die Grundstücksverkäufe beim Gewerbegebiet werden die Stadt auch nicht retten. Hier ist eine klare Konzeption für die künftige Entwicklung notwendig.

Auch sollte man sich Gedanken über den Verwaltungshaushalt machen.

Gegen eine namentliche Abstimmung hat er nichts einzuwenden.

Finanzausschussmitglied Michael Lechner stellt fest, dass die Ernüchterung nun ziemlich groß ist. Die Realität scheint nun im Stadtrat angekommen zu sein. Für die Sanierung des Freibades wurde ein Mehrheitsbeschluss gefasst, der aus seiner Sicht grob fahrlässig war.

Den vorgestellten 6-Punkteplan des 1. Bürgermeisters unterstützt er.

Insgesamt ist die Ausgabenseite zu hoch. Es muss auch über die städtischen Einrichtungen geschaut werden. Es muss ehrlich mit den Bürgern hinsichtlich der Finanzen umgegangen werden. Bei der Finanzierung von freiwilligen Leistungen über Stiftungen hat er wenig Hoffnung.

Abschließend richtet er die Bitte an den 1. Bürgermeister, die anstehenden Aufgaben vernünftig zu bewältigen.

Für Finanzausschussmitglied Astrid Güldner ist die aktuelle Situation ebenfalls ernüchternd. Sie ist der Meinung, dass auch bei den Pflichtaufgaben gebremst werden muss. Wenn aber die Sanierung des ehem. Krankenhauses eine Pflichtaufgabe ist, dann ist die des Freibades auch. Auch sie ist der Meinung, dass über den Haushalt 2023 noch einmal gesprochen werden muss. Sie sieht zudem beim Freibad die Gefahr, dass man den Zuschuss verliert.

Auch sieht sie die Problematik beim Betrieb durch einen Investor, dass dann sehr hohe Eintrittskosten für die Bürger entstehen. Den Punkt 1 des 6-Punkteplans des 1. Bürgermeisters kritisiert sie als nicht „zukunftsweisend“. Hier wird das Tafelsilber der Stadt veräußert. Es muss ein jeder Grundstücksverkauf kritisch betrachtet werden.

Der 1. Bürgermeister ergänzte, dass die Sanierung des ehem. Krankenhauses die Einnahmen erhöhen wird. Die Grundstücksverkäufe im Gewerbegebiet Miesbach Nord sind für ihn alternativlos.

Stadtkämmerer Schäffler merkte zum Thema Pflichtaufgaben/Freiwillige Aufgaben an, dass die Unterscheidung zuweilen schwierig ist. Die Stadt soll gem. der Gemeindeordnung ihr Vermögen werterhaltend behandeln.

Finanzausschussmitglied Christian Mittermaier ist für eine Entschleunigung, man muss sich aber genau überlegen, was man schiebt oder streicht. Zum Thema Skaterpark ist zu sagen, dass man mit den Jugendlichen immer offen und ehrlich umgegangen ist. Es muss natürlich auf die Finanzierung geschaut werden. Nach seinen Informationen ist eine Leader Förderung möglich.

Finanzausschussmitglied Manfred Burger erklärte, dass die Stadt schon ähnlich schlechte Jahre gehabt hat. Den Haushalt noch einmal zu durchleuchten ist auf alle Fälle ein 2. Versuch wert. Man sollte nicht bis nächstes Jahr warten, dies bedeutet, gleich nach der Verabschiedung des Haushaltes 2023 darüber sprechen.

Er warnt aber davor, dass komplette Streichungen vorgenommen werden. Dies verbessert nicht unbedingt die Lage. Hinsichtlich der Kommunikation ist er der Meinung, dass man nicht unehrlich war. Man muss in jedem Fall schauen, wie das Freibad weiterbetrieben werden kann. Es kann aber auch passieren, dass es irgendwann geschlossen werden muss.

Insgesamt muss bei Sanierungen noch besser hingeschaut werden.

Bezüglich des 6-Punktesplanes ist er der Meinung, dass dieser vom Finanzausschuss nicht beschlossen werden kann, da dieser nicht Gegenstand der Beratungen ist.

Finanzausschussmitglied Hedwig Schmid ergänzte, dass der Stadtrat in der Vergangenheit schon ehrlich war. Es sind viele Kosten hinzugekommen wie z.B. die Mehrkosten beim Umbau des ehem. Klosters. Hätte man den Anbau am Kloster gemacht, wäre der Ausbau der Kinderbetreuung nicht so teuer geworden. Aufgrund dieser Tatsachen kann man sich das Freibad aktuell nicht leisten.

Als Sozialreferentin ist sie auf alle Fälle der Meinung, dass das Freibad benötigt wird. Als Stadtratsmitglied muss sie das Freibad aus der mittelfristigen Finanzplanung streichen. Wenn man bei den freiwilligen Leistungen den Skaterpark dem Freibad gegenüberstellt, dann ist das Freibad klar wichtiger. Zur Überprüfung der Investitionen sollte ein Arbeitskreis eingesetzt werden.

Finanzausschussmitglied Markus Seemüller stellte den Antrag, dass der Beschlussvorschlag 3 abgeändert wird. Es soll der 6-Punkteplan aufgenommen werden. Beim 6-Punkteplane soll Punkt 1

dahingehend abgeändert werden, dass das Wort „Sofort“ bei den Grundstücksverkäufen gestrichen wird.

Der 2. Absatz des Beschlussvorschlages sollte komplett gestrichen werden.

Ist der Finanzausschuss nicht seiner Auffassung, dann beantragt er eine namentliche Abstimmung.

Finanzausschussmitglied Stefan Griesbeck gab hierzu zu verstehen, dass der Beschluss 3 so bleiben soll, wie er ist. Das Freibad muss erhalten bleiben bzw. es muss ein Weg gefunden werden wie man das erreichen kann.

Das Ziel muss sein, dass man vor der Haushaltsaufstellung 2024 einen Plan dahinter entwickelt. Diese Lösung muss tragfähig sein.

Zu den Grundstücksverkäufen ist zu sagen, dass diese im Gewerbegebiet Miesbach Nord immer verkauft werden sollten.

Finanzausschussmitglied Astrid Güldner ergänzte, dass aus diesem Grund das Jahr 2024 im Beschlussvorschlag bleiben sollte.

Für Finanzausschussmitglied Michael Lechner wird auch in 2024 kein Geld für die Sanierung des Freibades vorhanden sein. Es stellt sich die Frage: woher soll es kommen?

Finanzausschussmitglied Franz Mayer ist ebenfalls der Meinung, dass 2024 im Beschluss erhalten bleiben muss, schon alleine wegen der möglichen Förderung.

Das Thema Kinderbetreuung wird die Stadt noch beschäftigen. Hätte man den Anbau beim Kloster verwirklicht, dann hätte man nur 4 Gruppen geschaffen. Mit der Sanierung wurden nun 6 Gruppen und 3 Wohnungen realisiert. Zusätzlich hat man mit den Containern auf der Waitzinger Wiese weitere Kapazitäten, die der Stadt bei der Kinderbetreuung Luft verschaffen. Das alles kostet aber sehr viel Geld.

Im Anschluss an die Diskussion änderte der Finanzausschuss gemeinsam den Beschlussvorschlag 3 ab.

Finanzausschussmitglied Markus Seemüller erklärte, dass bei Einigkeit bei den jeweiligen Beschlüssen seinerseits auf eine namentliche Abstimmung verzichtet wird. Sollte dies nicht der Fall sein, dann möchte er eine namentliche Abstimmung haben. Diesem Vorschlag stimmte der Finanzausschuss einvernehmlich zu, eine Abstimmung hierüber erfolgte jedoch nicht.

Eine Beschlussfassung über die Bildung eines Arbeitskreises „Finanzen“ wird ebenfalls nicht gefasst. Der 1. Bürgermeister rief die Finanzausschussmitglieder dazu auf, aus den jeweiligen Fraktionen 1 Person zu nennen, die in diesem Arbeitskreis vertreten ist. Zusätzlich werden die 2. Bürgermeisterin und der 3. Bürgermeister hinzugezogen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die in der Stadtratssitzung vom 26.01.2023 gefassten Beschlüsse:

„Beschluss 1: Der Stadtrat beschließt, im Haushalt 2023 einen Betrag von 1. Mio. € für die Sanierung des Freibades bereitzustellen und dafür nicht verwendete Haushaltsreste aus dem beschlossenen Haushalt 2022 zu verrechnen. In der mittelfristigen Finanzplanung sollen weitere 2 Mio. € für 2024 und der Restbetrag von 1,8 Mio. € abzüglich der Zuschüsse und bereits gezahlten Leistungen in den Jahren 2021 und 2022 im Jahr 2025 eingestellt werden“

und

“Beschluss 2: Der Stadtrat beschließt, die Ausschreibung des ersten von drei Teilgewerken nach Erteilung der Haushaltsgenehmigung des Jahres 2023 zu starten, mit der Vorgabe, im dritten oder vierten Quartal 2023 mit dem Bau zu beginnen. Diese sollen umfassen: Bau des neuen Technikgebäudes / die Filter- und Badewassertechnik / der Anschluss an das Fernwärmenetz“

aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: 11 / 0

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, für die Aufrechterhaltung des technischen Badebetriebes sowie die Schlusszahlungen bei den Planungsleistungen beim Freibad einen Haushaltsausgabereist in Höhe von 300.000 € zu bilden.

Die verbleibenden Ausgabemittel sind zu streichen und der Rücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis: 11 / 0

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die mittelfristige Finanzplanung abzuändern und die Sanierung des Freibades in den Jahren 2024 und 2025 nicht einzustellen.

Der Stadtrat wird zusammen mit der Verwaltung gemeinsam versuchen, eine tragfähige Lösung für die Sanierung des Freibades auszuarbeiten. Dabei ist der Zeitraum der Förderung zu berücksichtigen. Nach der Verabschiedung des Haushaltes 2023 wird dies unverzüglich in Angriff genommen.

Abstimmungsergebnis: 11 / 0

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Haushalt 2023 mit den empfohlenen Änderungen samt Kreditaufnahme sowie Rücklagenentnahme zu verabschieden und anschließend den geänderten Haushalt 2023 samt Anlagen der Rechtsaufsicht zur Genehmigung vorzulegen.

Namentliche Abstimmung:

Hedwig Schmid:	nein
Florian Perkmann:	ja
Astrid Güldner:	ja
Manfred Burger:	ja
Markus Seemüller:	ja
Michael Lechner:	ja
Petra Six:	ja
Christian Mittermaier:	ja
Stefan Griesbach:	ja
Franz Mayer:	ja
Dr. Gerhard Braunmiller:	ja

Finanzausschussmitglied Hedwig Schmid gab zu Protokoll, dass sie nur gegen den Haushalt stimmt, weil in der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2025 der Ankauf einer Wohnung als Ersatz für den Verkauf Wallenburger Straße 2 gestrichen wurde.

Abstimmungsergebnis: 10 / 1

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den vorgestellten 6-Punkteplan als Leitbild zu beschließen.

Bei Punkt 1 ist das Wort sofort zu streichen.

Bei Punkt 3 ist das Maximalbudget für freiwillige Leistungen noch festzulegen.

Namentliche Abstimmung:

Hedwig Schmid:	ja
Florian Perkmann:	ja
Astrid Güldner:	nein
Manfred Burger:	nein
Markus Seemüller:	ja
Michael Lechner:	ja
Petra Six:	ja
Christian Mittermaier:	ja
Stefan Griesbach:	ja
Franz Mayer:	ja
Dr. Gerhard Braunmiller:	ja

Finanzausschussmitglied Manfred Burger gab zu Protokoll, dass dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden ist und er deswegen nicht zustimmen kann.

Abstimmungsergebnis: 9 / 2

3. Ausschreibung Rahmenvertrag TV- Untersuchungen und Druckprüfung Kanal-Submissionsergebnis und Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Vergabe-

Alle für 4 Jahre müssen gemäß gesetzlicher Vorgabe die Rahmenverträge für die Kanal-TV-Untersuchungen und Druckprüfungen im Verbandsgebiet des Zweckverbands für Abwasserbeseitigung im Schlierachtal (ZAS) neu ausgeschrieben werden.

Hierzu wurden am 14.02.2023 im Zuge einer beschränkten Ausschreibung 7 Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei der Submission am 28.02.2023 lagen 2 Angebote vor.

Nach rechnerischer Prüfung ergeben sich folgende Angebotssummen:

Bieter 1 Angebotssumme	158.058,78 € brutto
Bieter 2 Angebotssumme	176.540,07 € brutto

Das günstigste Angebot von Bieter 1 wird wie folgt aufgeteilt:

Anteil Stadt Miesbach (27,5 %)	43.466,16 € brutto
Anteil Gemeinde Hausham (27,5 %)	43.466,16 € brutto
Anteil Markt Schliersee (27,5 %)	43.466,16 € brutto
Anteil ZAS (17,5 %)	27.660,29 € brutto

Die Verwaltung empfiehlt, die für die Stadt Miesbach anteilige Rahmenvereinbarungen mit dem Bieter 1 zu schließen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss stimmt der Rahmenvereinbarung zu und ermächtigt den 1. Bürgermeister zur Beauftragung des wirtschaftlich günstigen Angebots.

Abstimmungsergebnis: 11 / 0

4. **Zuschussanträge**

5. **Unvorhergesehenes**

Ende der Sitzung

Gez.
Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister